



Datum: 20.09.2024

Vorlage der Verwaltung für:	Abstimmergebnis		
	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss			
Stadtvertretung			

☒ öffentliche Sitzung	☐ nichtöffentliche Sitzung
---	---

Dezernat: I	Amt: Bürgermeisterbüro/Personalabteilung	Sachbearb.: Herr Risse
----------------	---	---------------------------

Beteiligte Ämter:	Sichtvermerk:	gesehen:	I	II	III
Finanzabteilung					
Bürgermeisterbüro/Personalabteilung					

TOP: Bildung einer Einigungsstelle gemäß § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG)

Produktgruppe: 11.04 Personalmanagement

1. Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung vor:

Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle wird Herr Rechtsanwalt Lothar Mönig, Schmallenberg, und zur stellvertretenden Vorsitzenden die Richterin am Amtsgericht Schmallenberg, Frau Dr. Christina Behle-Cordes, bestellt.

Die Zahl der Beisitzer wird auf insgesamt acht Personen festgelegt.

Als Vertreter für die oberste Dienstbehörde werden folgende vier Beisitzer/innen bestellt:

Herr Markus Risse, Leiter Bürgermeisteramt/Personalabteilung
Frau Carmen Oberstadt, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Melanie Padberg, stellv. Amtsleiterin Finanzabteilung
Herr Jan Guntermann, Sachgebietsleiter Personal

Zu den Sitzungen der Einigungsstelle werden die notwendigen Beisitzer/innen der obersten Dienstbehörde aus dem o. g. Personenkreis jeweils durch den Bürgermeister benannt.

2. Sachverhalt und Begründung:

Gemäß § 67 LPVG ist bei der obersten Dienstbehörde (Rat) für die Dauer der Wahlperiode der Personalvertretung (Personalrat) eine Einigungsstelle zu bilden. Die Wahlperiode des am 13.06.2024 neu gewählten Personalrates läuft vom 01.07.2024 bis 30.06.2028.

Die Einigungsstelle stellt eine Schieds- und Schlichtungsstelle dar, die tätig werden muss, wenn und soweit zwischen der obersten Dienstbehörde und der zuständigen Personalvertretung eine Einigung über eine von der Dienststelle beabsichtigte oder vom Personalrat beantragte Maßnahme nicht herbeigeführt werden kann.

Die Einigungsstelle wird tätig mit der/dem Vorsitzenden oder der Stellvertretung und sechs Beisitzern/innen, die auf Vorschlag der obersten Dienstbehörde und der Personalvertretung je zur Hälfte bestimmt werden. Die Mitglieder der Einigungsstelle sind unabhängig und üben ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung aus.

Auf die Person des/der unabhängigen und unparteiischen Vorsitzenden und der Stellvertretung sowie auf die Zahl der Beisitzer/innen haben sich Rat und Personalrat zu einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet auf Antrag der obersten Dienstbehörde oder der Personalvertretung der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes.

In Abstimmung mit dem Personalrat wird vorgeschlagen, Herrn Rechtsanwalt Lothar Mönig, zum Vorsitzenden und die Richterin am Amtsgericht Schmallenberg, Frau Dr. Christina Behle-Cordes, zur stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle zu bestellen. Die Zahl der Beisitzer/innen soll, wie in den letzten Wahlperioden des Personalrates, auf jeweils vier von der obersten Dienstbehörde und vier vom Personalrat zu benennende Personen festgelegt werden.

Als Vertretung der obersten Dienstbehörde werden folgende vier Beisitzer/innen vorgeschlagen:

Herr Markus Risse, Leiter Bürgermeisteramt/Personalabteilung
Frau Carmen Oberstadt, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Melanie Padberg, stellv. Amtsleiterin Finanzabteilung
Herr Jan Guntermann, Sachgebietsleiter Personal